

zu fast 20 Jahren ein Gedächtnis in sofern Wahrheit nicht anzutreten ist, braucht das Werkzeug zu überzeugen und Wahrheit ein. Aus anderen Gemeinden wird das Gedächtnis zerstört.

**Gedenktag.** Sie gab die Verhöhnung überwunden, die Schule kann unterhalten. Der Unterricht ist nur mit Räumen möglich. Im Schuhhaus steht das Schuhwerk bis zum Glüholeingang. Aus Letztem wird gemeldet, daß dort das Werk bereits bis untere Gürtelstufen und weit überdauert überwunden. Der Umfang des Dassonvillabausatzes liegt 1,05 m unter Wasser.

**Oberholzau.** Ein noch nicht amüsiertes Schulgebäude steht bei seinem Haussitz aus einem verholzten Stoff, wozu er sich die Schlüssel verdient hatte. 300 Meter vor der vergrauten Straße im Garten. Der Verlust des Gelbes wurde bald bemerkt und man holt sofort Verbund auf den Jungen. Ein Teil des Gelben hatte er bereits verbraucht, man fand nur noch etwas über 200 Mark im Garten vor.

**zu Blaue.** Eine Wohnung zur Miete und Standortfehler richten Stadtrat und Polizeiamt an die Einwohnerkosten der Stadt. Die neue Lebensmittelregelung sei eine unabänderliche Notwendigkeit, an der Waffenverteilungen und Straßenanmämlungen beim Stadtamt oder Polizeiamt bestimmt seine Befestigung zu schaffen vermögen.

**zu Gotha.** Bei der bisherigen Güterabfertigungsstelle wurde dieser Tag eine Rente, deren Inhalt als Güterrente bezeichnet war, angehoben. Bei der amtlichen Durchfahrt verwundeten sich die Güterteile in tödliche Schwere und Fleisch. Als Empfänger dieser Güterteile war ein Eisenbahndirektor bestimmt.

### Maßnahmen auf dem Gebiet der Schulverwaltung.

Der "Sächsischen Staatszeitung" entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen:

Die durch den Krieg vielfach nötig gewordenen Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens bilden fortgelegten den Gegenstand von Erörterungen und den Anlaß zur Sicherung von Wünschen in den Landesblättern. Für die öffentliche und insbesondere für die Eltern von Schülern dürfte es daher von Interesse sein, aus nachstehenden, uns von anständiger Seite zur Verfügung getstellten Mitteilungen zu erfahren, in welcher Weise während der letzten Monate den durch die Fortdauer des Weltkrieges bedrohten Bedürfnissen nach in verschiedensten Richtungen Rechnung getragen worden ist. An den höheren Lehranstalten wurden die ordentlichen Prüfungen der Oberprima vor Weihnachten abgehalten, die Unterprima und Obersekunda statt in Ostern schon bei Beginn des neuen Jahres in die nächsthöheren Klassen versetzt auch den Schülern der Unterprima und der Obersekunda, wenn sie unmittelbar vor ihrer Versiegung ins Heer eintreten, völligjährige Bezeichnungsergnisse erhielt. Weiter wurde bestimmt, daß die mit vollem Bezeugnis — nicht mit einem Notzeugnis — nach Oberprima verliehenen Schüler vom 1. März ab ohne Nachweis weiterer Vorbildung zur Noteprüfung zugelassen seien. Noteprüfungen haben ferner für die — wie soeben erwähnt — im Januar nach Ober- und Unterprima verliehenen Schüler vom 1. März ab stattgefunden, während sie für die erst am Schlusse des Schuljahrs antrifftenden Schüler der Untersekunda und der Obersekunda sowie der zweiten Realabschluß am 15. Juni beginnen sollen. Schließlich wurden die Noteprüfung und Noteprüfungsprüfungen auch den in den vaterländischen Hörsälen eintretenden Schülern zugänglich gemacht; doch sollen diese das in der Noteprüfung erworbenen Bezeugnis erst zu dem Zeitpunkte erhalten, zu dem sie es bei weiterem ordnungsmäßigen Schulbetriebe erlangt haben würden. Uebrigens wurde Vorsorge getroffen, daß bei allen — auch den ordentlichen — Prüfungen sowie bei den Noteprüfungen und Noteprüfungsprüfungen auf die vielfachen und schweren Unzertithümmer, die eine den Friedensanforderungen entsprechende Ausbildung der Schüler beeinträchtigt haben, möglichste Rücksicht genommen wird. Macht doch die immer mehr zunehmende Gewerbeschulung von Lehrkräften unausgesetzte neue Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines notdürftig geordneten Lehrbetriebes erforderlich. Der unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders nötigen förmlichen Erziehung der Jugend wurde unter Hinweis auf die Notwendigkeit schulärztlicher Mitwirkung nach wie vor gründliche Aufmerksamkeit zugewendet; freilich mußte dabei schon angesehene Anknappheit aller Lebensmittel und Rohstoffe nicht bloß vor Überanstrenngungen bei Motorleistungen und dal. nochmals nachdrücklich gewarnt, sondern auch auf schulischen Rückstand auf die gebotene Schönung von Kleidern und Schuhwerk aufgefordert werden. Den mit Recht betonten Anforderungen der Gegenwart entsprach endlich eine weitere Umgestaltung des Geschichtslehrplanes unter vaterländischen Gesichtspunkten.

Die Einrichtung besonderer Fürsorge und Rücksicht für die in Deutschland ihre Bildung suchenden Söhne unserer türkischen Bundesgenossen lag gleichfalls im vaterländischen Interesse. An den Lehrerseminaren fand schon vor Weihnachten eine außerordentliche Noteprüfung der ersten und eine außerordentliche Noteprüfung der zweiten Klasse statt. Im Januar wurde nochmals eine solche Noteprüfung und eine außerordentliche Noteprüfung für kriegsverwendungsfähige demnächst einschreibende Schüler der vierten Klasse angeordnet, auch dafür Sorge getragen, daß die ins Heer eintretenden Schüler der zweiten und dritten Klasse den Nachweis der wissenschaftlichen Bekleidung für den einjährig freiwilligen Dienst erhalten. Eine Noteprüfung der erwähnten Art sollen kurz nach Ostern auch die als Vertreter zum Volkschulwesen abgeordneten Schüler der zweiten Klasse unterzogen werden, soweit sie bisher jene Prüfung noch nicht ablegen konnten. Sonderlehrangebote wurden eingerichtet am Seminar zu Bwidau zur Vorbereitung kriegsbeschädigter, aus dem Heroldsdienst entlassener oder beurlaubter Seminaristen auf eine zu Ostern abfallende Abschlußprüfung für die zweite Klasse, am Seminar zu Frankenberg zur Vorbereitung der für längere Zeit vom Herold beurlaubten Schüler auf eine außerordentliche Noteprüfung im Monat Mai. Für alle Schulprüfungen mit Ausnahme der Volkschulen ergingen zahlreiche Verordnungen zur Ausführung der Vorrichtungen, die von den stellvertretenden Königl. Generalkommandos über Einschub und Durchsetzung von Lehrerfragen, insbesondere über den Wusttauchtrügungsbedarf der Lehrer gesetzten waren. Hierbei mußte mit äußerster Sorgfalt verfahren und jeder Berücksichtigungsantrag aufs genaueste nach der Abstimmung geprüft werden, ob er tatsächlich unbedingt geboten war, um den Unterricht wenigstens in notdürftigem Umfang fortzuführen. Um volkswirtschaftlichen Interesse wurde die Schuljugend nicht nur zu taaträchtiger Wirtschaft bei der Sammlung von Goldmünzen und von verwertbaren Gegenständen aller Art sowie von Bezeichnungen auf die Kriegsanleihe mit bestem Erfolg wiederholt angezeigt, sondern auch in weitgehendem Umfang — momentan aus der Fortbildungsschule — zu landwirtschaftlichen, pädagogischen und sonst für den Augenblick wichtigsten, besonders auch auf die Herstellung von Bedarfsgegenständen der Heroldsvorwaltung gerichteten Arbeiten beurlaubt. Zur Vermehrung von grundheitlichen Nachstellen, über die infolge des mit der Einführung der Sommerzeit im vorigen Jahre verbundenen frühzeitigen Schulbeginnes klagen laut wurden, in den Schulleitungen dringend empfohlen worden, die im Winter gärtige Pflanzensammlung für den Beginn des Unter-

richts vorzusehen und die Sammlungen einzuhalten. Nicht unbedeutend waren während dieser Zeit die Verordnungen für die Belohnung derjenigen, die über den angeblichen Rohlungsaufschlag, der bis Herbstzeitpunkt der für freiwillig beteiligten Schule an der beauftragten Umlaufung der Wissensschriften, der Schuleitung, der Sammlungen für das Rote Kreuz und die Kriegsorganisationen, für die erzieherische Einwirkung auf die Fortbildungsschuljugend außerhalb der Schule, für die Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern auf dem Lande, u. a. m.

Bei Durchführung aller dieser und anderer hier nicht im einzelnen angegebenen Maßnahmen sowie bei Überwindung der unter den gegenwärtigen Verhältnissen oft recht erheblichen Schwierigkeiten hat die oberste Schulbehörde die tatkräftige, opferwillige und verschliffenste Unterstützung leistet, die Lehrerhaft sowie bei der umfassenden Ausbildungsbereit und seitens der Geistlichkeit des Landes in dankenswerter Weise gefunden.

Die für Beamte gestellten Vorschriften über Tenures- und Lizenzen wurden auf die Bedarfe sozialer Unterrichtskaliten angewendet. Auch für die Volkschulräder sind den hier in erster Linie zur Gewährung des Dienstekommens berufenen Schulgemeinden entsprechende Maßnahmen bringend empfohlen und nach der wirtschaftlichen Lage der Gemeinden abgestuften Beihilfen in beträchtlicher Höhe aus Staatsmitteln bewilligt worden.

### Als der Feind im Lande stand.

Eine leckte Schuhmauer des Gelben galt es in diesen Wochen zu errichten, um auch weiterhin zu verhindern, daß die Feinde auf deutschem Boden sich irgendwie und irgendwo festsetzen.

So genug ist unser Vaterland der Schau- und Zuschauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen und ausfahrender, mordbrennender Soldaten gewesen; das lehrte, als dem Befreiungskriege von 1813/15 die Füße der französischen Fremde vorausgingen. Wichtige Teile des westlichen wie nördlichen Deutschland gehörten zum napoleonischen Kaiserreich, aber schon seit 1794 war das Land zwischen Rhein und Elbe erobert. Die Franzosen fanden als Hauptsitz der Freiheit und Gleichheit: "Krieg den Palästen und Frieden den Hütten." Doch wie deutet die Entente die kleinen Staaten zu Ende beschäftigt, begehrten Schonungslosigkeit, Plünderung, Raub und Entfernung des Weges der Bevölkerung, die sich rütteln, daß sie den Bewohnern dieser Länder nur die Augen gelassen hätten, um zu weinen. Die französischen Brüder mußten ausgedeutet werden, damit die Bahn frei werde für die französische Republik; 20 Millionen hat das Rheinland im ersten Jahre der Fremde vorausgesetzt, und unter der eigenen Haut Napoleons wurde dem Lande der Blutzoll der französischen Ausbeutung auferlegt. Das nachbarliche Niederland bat als wesentlicher Teil des Königreichs Westfalen napoleonischer Deckung an all solchem Leid und schwerer Not teilgenommen, so daß noch bei Wiederaufnahme der preußischen Verwaltung im Sommer 1816 das Schreckgespenst der Diktatur durch das Land ging.

Für viele Landesteile Deutschlands bildeten die sieben Jahre der französischen Besetzung von 1806 bis 1813 den Höhepunkt der Leiden; besonders auf die drei Hansestädte hatte es die feindliche Soldateska abgeschlagen. Bremer Selbstständigkeit war aufgehoben — es teilte dies Schicksal mit Hamburg und Lübeck —; in den ersten drei Jahren der Besetzung sind 11 Millionen Franken an die Militär und Lebensnotwendigkeiten der Öffentlichen wie Soldaten gezahlt worden. Um sich zu verzeigern zu können, wie schwer die Hand des Großen damals auf dem kleinen Staat Bremen gelagert hat, muß man bedenken, daß die Einwohnerziffer nur ein Sechstel der jetzigen betrug, daß also die Zahl ungefähr 92 Millionen Mark! — in unserem Geiste und nach Maßgabe heutiger Zustände — betrug.

Das gleiche Schicksal hat bekanntlich zur selben Zeit Hamburg erreicht: es ist von 1806/10 okkupiert gewesen, war bis 1813 französische Stadt und ward nach seinem Selbstbefreiungskampf bis 1814 französische Festung. Um die Durchführung der gegen England gerichteten Kontinentalsperre zu können, ward Stadt und Land Hamburg dem französischen Militärgouverneur unterstellt; den kaum 100 000 Einwohnern wurden in den ersten drei Jahren 15 Millionen Franken Einquartierungsausgaben auferlegt; schon im November 1807 war die Stadt so tief gehunken, daß es bereits auf dem Punkte stand, das letzte deutsche Dorf bereit zu müssen. Wenn hier der geliebte Aufstand Hamburgs, der für die Unterdrückung nötig war, mit den Verhältnissen der Gegenwart verglichen wird, so kommt er einer Belastung der Bevölkerung mit etwa 4 Milliarden Mark gleich! Die Einverleibung in das französische Kaiserreich brachte die fremde Besetzung und den Verlust wichtiger Staatsaufsätze und Wohltätigkeitsanstalten; später wurden die Bürger zu Schanzarbeiten zwangsweise gezwungen, die Nichtverpflichteten ausgetrieben.

In Lübeck waren die Zustände nicht anders; das "Wede dem Besiegten!" war auch hier bis zum letzten Einwohner fühlbar, hoch in die Millionen steigen Lasten und Zwangsabgaben. Wenn Napoleon erklärt, er habe aus Preußen und den angrenzenden Gebietsteilen 1 Milliarde herausgezogen, um den Krieg gegen Spanien führen zu können, so hat auch die Hansestadt an der Elbe ihren rechtlichen Anteil an dieser Summe gehabt.

Nach der Jenner Schlacht bat K. Napoleon mit Berlin und den preußischen Festungen an Elbe und Oder nicht lange aufzuhalten; in den östlichen Provinzen wollte er die festen Städte des preußischen Heeres vernichten. Den kleinen Städten wurde das Recht auferlegt, was ihnen möglich war; das Hauptstadt muhte 20 Millionen Franken bezahlen, und bis Weihnachten 1807 blieb der Feind in Stadt und Land. Als dann 1812 Napoleon zum Schlag gegen Russland ausholte, waren diese deutschen Landesteile der Sammelpunkt seiner Truppen; die Lasten und Abgaben stiegen damals wiederum auf 7½ Millionen Taler, wobei die Kosten für die Truppenversorgung nicht mit eingerechnet sind. "Über jedes Kultus hinaus" — heißt es in der Schließung eines Befreiungskampfes — ist der Verlust, den die Provinz an Leben, Gesundheit und Menschenwürde ihres Einwohners erlitten hat ... die Barbareien der Fremden hatten viele Menschen in die Hölle getrieben, wo sie Woden und Monate hindurch von Durst und Knäutern lebten."

In die fruchtbaren Fluren Schleswig-Holsteins sind die französischen Bedränger in den Jahren der napoleonischen Besetzung nicht eingedrungen; dafür aber haben im September 1813 Schweden, Russen und mancherlei Kreisfahnen das Land und die Bevölkerung überwunden. Die übrigen deutschen Gebiete waren erschöpft, um so verhindert werden die reiche Provinz! Soldaten und Offiziere haben damals die schändlichen Räuberstelen an Habe und Gut ausgelöst. "Wir erwarteten von Kriegern, die sich rühmen, die Freiheit Europa zu sein, ein ehrenvolles Vertragen und empfanden nur bald und zu lebt das Gegenteil!" Schleswig-Holstein ward arm, es teilte dies Schicksal mit Pommern, wo Wilhelm v. Humboldt es erlebte, daß das Volk Brodt aus Holz ab bereit aus den jungen Zweigen, die man im Frühjahr abschnitt, trocknete, zerriss und zerrieb einer kleinen Menge Mehl beklebte! Pommern wurde sofort bei dem Einmarsch der französischen Truppen außerordentliche Kriegssteuer von 20 Millionen Franken aufzutragen, welche Summe ungefähr 5½ Millionen Mark

entbrachte. Mit dem gleichen Betrag mußte die Stadt Greifswald während der Fremde vorausgegangen. Mit Willkürzerlegung und Einschüchterungen wurden die Männer eingetrieben und damit der Wohlstand der einzelnen wie der Gemeinschaft auf Jahrzehnte daraus völlig verloren.

In den Fernländern verharrt, in den verschiedenen Teilen der Mark Brandenburg bat der fränkische Verdrücker ebenfalls all seine Wachtmittel angewendet, um das Recht aus ihnen herauszuholen. Meine Städte, wie Breslau oder Tempeln, haben für Unterhaltungsgelder und sonstige Kriegssteuern bis an 30000 Taler bezahlen müssen, gar nicht zu reden von dem Mahnmal, die gegen die Hauptstadt und ihre unmittelbare Umgebung errichtet wurden.

Solche Fäulen und Tatsachen sind eine ernste Mahnung in unserer Gegenwart ... die Geschichte kann und soll uns hier zur Lehrmeisterin werden! Denn das ist klar: wenn es Deutschlands besten Freunden gelingen würde, unser Vaterland zu überfluten und zu belegen, so könnte der heimischen Erde und den ruhigen schwäbischen Volksgenossen ein noch härteres Schicksal bevor, ein völliges Auslöschung aller persönlichen wie wirtschaftlichen Kraft und Machtigkeit. Denken wir den Streitkräften, die unsere Grenzen schützen und hüten, durch die Tat, indem wir die Mittel dieses Kampfes um des deutschen Reiches Ehre, Bestand und Zukunft weiter stärken, auf daß niemals solche Schwierigkeiten wieder kommen können, wie sie die gesegneten Freunde aus Staatsmitteln bewilligt worden.

Die

### Krise im österreichischen Kabinett.

Der Rücktritt dreier Mitglieder des noch jungen Kabinetts Clam-Martinis beweist, daß die Fragen, die den Rücktritt des Görber'schen Kabinetts zur Folge hatten, noch immer der bestrebenden Lösung barsten. Das Kabinett Görber wollte sich des berühmten Paragraphen 14 nicht bedienen, der der Regierung das Recht einräumt, auch ohne vorherige Genehmigung durch den Reichsrat gesetzliche Maßnahmen auf dem Verordnungswege zu treiben. Die deutschen Kreise Österreichs forderten aber ein Ottow, um ihre Wünsche durchzusetzen, und zwar die Einführung der deutschen Sprache als Staatssprache, die autonome Verwaltung der österreichischen und deutschen Bezirke in Böhmen und die Wiederherstellung der Geschäftsordnung des Reichsrats. Das Kabinett Clam-Martinis erklärte sich bei der Bildung mit einem solchen Ottow einverstanden und es wurde allgemein gehofft, daß damit die Krise beendet sei. Nur unter dieser Voraussetzung traten die beiden deutschen Minister Dr. Urban und Dr. von Baerntreiter in das Kabinett ein. Nun hat aber die Regierung die Einberufung des Reichsrates für Mitte Mai in Aussicht genommen, ohne daß dieses Ottow erfolgt ist; die Veränderung in der Lage der auswärtigen Politik ließ es der Regierung nicht ratsam erscheinen, während des Krieges so wichtige Außenfragen durch Ottovierung zu entscheiden. Der Minister Baerntreiter (ohne Vorsteuer) und der Handelsminister Dr. Urban zogen aus dieser Tatsache nun die Konsequenz. Diese beiden parlamentarischen Führer der Deutschfortschrittliehen begannen, bei verfassungstreuen (bunten) Großgrundbesitz waren, wie erwähnt, dem Kabinett Clam-Martinis mit Zustimmung der deutschbürgerlichen Freiheit beigetreten, um die Durchführung der deutschen Wünsche mittels des Ottows zu erreichen. Daß namentlich die rabiaten deutschen Kreise in Österreich sich nicht bei dieser Tatsache zufrieden geben, sondern gegen das ihren Wünschen unwillkürliche Kabinett anstreiken werden, ist selbstverständlich. Der gleichzeitige Rücktritt des polnischen Landesmannschaftsministers für Galizien Dr. Bobinski hängt ursächlich damit zusammen. Die Vertragung der Durchführung der polnischen Autonomie, die ebenfalls eine deutsche Vorbedingung und bereits im Dezember 1916 ausgefragt worden war, hat ihn zur Einreichung seines Rücktrittsgesuches veranlaßt.

### Branzilles.

**Witteldeutsche Privatbank, Aktiengesellschaft.** Die am 18. April abgehaltene Generalversammlung genehmigte sämtliche Punkte der Tagesordnung und die Vorlage der Verwaltung über die Verteilung des Reingewinns, wonach eine Dividende von 5½%, die vom 20. ab zahlbar ist, verteilt und dem Reservefond II ein Betrag von M. 1000000.— zugeführt wird. Ueber das Ergebnis der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahrs wurden von der Verwaltung sehr günstige Mitteilungen gemacht. Die Umlöfe haben sich im Vergleich zu denen der ersten Monate des Vorjahrs von M. 2168000000.— auf M. 2473000000.— erhöht. Die Liquidität der Bank hat weiter zugenommen. Die Kredite betragen Ende Dezember 1916: 298 Millionen und haben sich per Ende Februar 1917 auf 326 Millionen also um annähernd 30 Millionen erhöht. Von diesen Geldern sind angelegt 165 Millionen in Schatzscheine des Reiches und der Bundesstaaten und 44 Millionen in kurzfristigen Darlehen an Kommunen und öffentlichen Städtchen. Das Geschäftsergebnis auf die 6. Kriegsanleihe aus dem Concern der Bank hat sich durch nachträgliche Eingänge von der erzielten Summe erhöht. Hieraus geht hervor, daß die Bank einen recht erfreulichen Aufschwung genommen hat.

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 19. April 1917.

#### Generalgouverneur v. Bissing +

**X** Brüssel. Der Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst Freiherr von Bissing, ist heute Abend 8 Uhr 30 Min. gestorben.

Der Verstorbene wurde am 30. Januar 1844 auf dem bürgerlichen Gute Bellmannsbor im Kreise Breslau geboren. Er war Teilnehmer der Feldzüge 1866 und 1870/71, bis 1901 war er an der Spalte des 7. Armee Korps in Münster. Bei Ausbruch des Krieges wurde er mit dem Befehl des Kriegsministers betraut. Bissing hat sich nicht nur um die wirtschaftliche Wiederbelebung des schwer beimgeschädigten Landes bemüht, sondern nach Städten auch die kulturellen und geistigen Interessen Belgiens geprägt, wie das u. a. seine Verfügung über die sofortige Errichtung des neuen belgischen Schulgesetzes sowie sein Eingehen auf die Wünsche der Belger bezeugt. Wo er allerdings auf Widerleglichkeit, auf Verluste stieß, offen oder insgeheim die öffentliche Ordnung zu föhren, da hat er mit starker Hand zugegriffen, ohne Ansehen von Person und Stand. — Übermals hat der Tod einen der Befreier unseres großen Heit hinweggerafft. Das deutsche Volk wird die Verdienste nicht vergessen, die Bissing auf seinem schwierigen Posten sich um das Vaterland erworben hat.